

Jüdische Ärztinnen und Ärzte in Magdeburg – eine Erfolgsgeschichte am Abgrund

Referat bei der Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung „Systemerkrankung - Arzt und Patient im Nationalsozialismus“ am 19. August 2026 in Magdeburg

Es ist äußerst erfreulich, dass das Wirken jüdischer Ärztinnen und Ärzte in der Ausstellung „**Systemerkrankung - Arzt und Patient im Nationalsozialismus**“, die heute hier im Hause eröffnet wird, in zahlreichen Fallbeispielen angesprochen wird.

Schauen wir auf die Präsenz jüdischer Ärztinnen und Ärzte in Magdeburg - es waren 68 an der Zahl, um dies vorwegzunehmen – über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren, die brutal mit der Nazidiktatur ihr Ende findet.

Phoebus Moses Philippon gilt gemeinhin als erster in Magdeburg tätiger Arzt jüdischer Herkunft, 1829 ist er für einige Zeit als Praktischer Arzt am Ort tätig.

Wir erleben bald einen Paradigmenwechsel: Während der Arzt jüdischer Herkunft zunächst für die Versorgung der jüdischen Gemeinde, der Kehilla, zuständig ist und die soziale Fürsorge für die Kranken und Armen der Gemeinde zu seinen zentralen Aufgaben gehört, vollzieht sich nach und nach eine Transformation typischer Anteile des jüdischen Gemeindelebens hinein in Staat und Gesellschaft, die nicht mehr auf Ausschluss von Juden gründen, sondern ihnen die Möglichkeit bieten, ihre Fähigkeiten als gleichberechtigte Mitglieder zum Wohl der Gemeinschaft einzusetzen.

Oberstabsarzt Dr. Hermann Rosenthal ist 1850 und 1855 an vorderster Stelle an der Gesundheitsfront und es gelingt ihm, die Opferzahlen der Cholera-Epidemien einzudämmen, in dem er eine Cholerastation im Militärlazarett schafft. **Sanitätsrat Prof. Dr. Emanuel Aufrecht**, Stadtverordneter und Ärztlicher Direktor des Krankenhauses Altstadt, prägt wie kein anderer die Klinik und ist maßgeblich an der Planung des Krankenhauses in Magdeburg-Sudenburg beteiligt. Beide sind namhafte Akteure jüdischer Herkunft bei der Entwicklung der Gesundheitsversorgung in Magdeburg – wenngleich eher noch als **singuläre Erscheinung**.

Doch von Generation zu Generation steigt die Zahl jüdischer Ärztinnen und Ärzte, die in Magdeburg tätig werden, erheblich.

Ihr medizinisches Tätigkeitsfeld hat sich durchgliedert: sie sind in verschiedenen Fachgebieten, besonders auf dem Feld der **Dermatologie**, der **Pädiatrie** und der **Gynäkologie** in der Niederlassung in starkem Maße präsent. Sie nehmen nun aber auch hervorgehobene Positionen im **Öffentlichen Gesundheitswesen** wahr, leiten Kliniken und Teilbereiche des städtischen Gesundheitsamtes.

Die Generationen der Jüngerer sind gegenüber religiösen Grundauffassungen durchaus ambivalent, wenngleich von den zentralen Glaubensgrundsätzen des Judentums, von **Tikkun Olam** - was so viel wie Reparatur, Heilung der Welt bedeutet - und **Zedaka** - Gerechtigkeit, Wohltätigkeit - durchdrungen und gewillt, sie in der täglichen Praxis umzusetzen. So sie männlich sind haben sie sämtlich durch ihren Einsatz im I. Weltkrieg auf nachdrückliche Art und Weise unter Beweis gestellt, dass sie nicht in der Diaspora, sondern in **Deutschland** ihre **Heimstatt** sehen. Zur Generation der Jungen gehören in Magdeburg nunmehr sieben Ärztinnen.

Die Zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind für Magdeburg insgesamt eine Zeit des Aufbruchs. Die Stadt entwickelt sich schnell zu einer der größten Städte Deutschlands mit knapp 300.000 Einwohnern. Allerdings herrscht in der Stadt Wohnungsnot, die Lebensbedingungen in den ärmeren Wohnvierteln, zum Beispiel dem Knattergebirge, sind katastrophal. **Oberbürgermeister Hermann Beims**, ein echter Visionär, dem Magdeburg als eine Stadt von 700.000 Einwohnern vorschwebt, will dies zügig ändern und hat dazu mit **Stadtbaurat Bruno Taut**, **Stadtschulrat Hans Löscher** und dem **Stadtmedizinalrat Dr. Paul Ignatz Konitzer** ein **Triumvirat** in die Stadt geholt, das dies bewerkstelligen soll.

Auf der Basis von Tauts Generalsiedlungsplan entstehen moderne Wohnviertel in den Vorstädten, die Stadt wird zum Zentrum des „Neuen Bauens“.

Auch die medizinische Versorgung erfährt einen nachhaltigen Wandel: Paul Ignatz Konitzer, seit 1928 auch besoldeter Stadtrat und Dezernent für Wohlfahrtspflege, ist entschlossen, soziale und demokratische Grundsätze im gesamten Gesundheitswesen durchzusetzen.

Seiner Initiative ist 1929 die Errichtung einer **Gesundheitsdeputation** zu verdanken, eine aus sechs Magistratsmitgliedern, sechs Stadtverordneten und vier kompetenten Bürgern bestehende Form der Selbstorganisation, die zu allen Fragen der Gesundheitspflege und Prophylaxe Stellung nimmt, den Verwaltungsausschuss der städtischen Krankenhäuser stellt und die Repräsentation des städtischen Gesundheitsamtes wahrnimmt.

Konitzer erreicht die Einführung von kostenlosen **Beratungsstellen** unter spezialärztlicher Leitung in den Krankenhäusern, u.a. Sprachstörungen-, Schwerhörigen-, Alkoholiker- Sexual- und Eheberatungsstellen.

Die grundlegende **Modernisierung** der Magdeburger Krankenhäuser wird in Angriff genommen, Konitzer initiiert den Bau eines chirurgischen Pavillons, der 1931 eingeweihte Bau der Hautklinik auf dem Gelände des Sudenburger Krankenhauses fällt in seine Amtszeit.

Die medizinische Erfolgsbilanz der Ära Konitzer ist beachtlich, die **Kindersterblichkeit** in Magdeburg kann zu Beginn der Dreißiger Jahre auf ein Viertel gesenkt werden. Auch in der **Tuberkulosebekämpfung** sind signifikante Erfolge zu verzeichnen: die Tbc-Mortalität sinkt von 10,8 % im Jahre 1926 auf 8,6 % im Jahre 1930 und 1931 erstmalig unter den Reichsdurchschnitt.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 erfolgt ein Systemwechsel: die Ausschaltung der jüdischen Ärztinnen und Ärzte folgt der Rassenideologie der NSDAP, die darauf gerichtet ist, so genannte „rassefremde“ Elemente wie die Juden auszuschalten. In Magdeburg wird dabei ein erfolgreich etabliertes, singuläres System der öffentlichen Gesundheitsfürsorge und der Individualmedizin durch ein auf Erb- und Rassegut basierendes System der Verpflichtung zur Gesundheit abgelöst.

Schnell wird 1933 die **Gesundheitsdeputation in Magdeburg eingestellt**, die **Eheberatung wird aufgehoben**, die **Säuglingsfürsorge „an die freipraktizierenden deutschstämmigen Kinderfachärzte vergeben“**, die **schulärztliche Überwachung** der Berufsschüler durch den schulärztlichen Dienst **eliminiert** und die beiden **Schulzahnstationen** als Einrichtungen der Schulzahnklinik **abgebaut**. Dr. Paul Ignatz Konitzer wird 1933 entlassen, inhaftiert und – obwohl aus einem katholischen Elternhaus stammend - der jüdischen Abstammung verdächtigt.

1933 macht der **Anteil der Juden an der Ärzteschaft** reichsweit 15 % aus, in Magdeburg gar **15,94 %**. Die **59 jüdischen Ärztinnen und Ärzte Magdeburgs** sind sämtlich promoviert, unter ihnen sind **sieben Professoren**, die in den meisten Fällen Verantwortung für Kliniken der Stadt tragen.

Sie sind als Wissenschaftler/innen erfolgreich, ihnen gelingen spektakuläre Forschungsergebnisse auf ihrem Fachgebiet, die nach ihnen benannt werden (Klestadt-Zysten, Rosenthal-Fasern, Saenger-Effekt), elf Ärzte tragen in Würdigung ihrer Verdienste den Ehrentitel Sanitätsrat.

Sie engagieren sich in den ärztlichen Körperschaften wie der **Ärztekammer** und der **Kassenärztlichen Vereinigung**, gehören gar deren Vorstand an wie Dr. Heinz Waldeck, in Berufsverbänden wie dem Hartmannbund, dem Verein Magdeburger Kassenärzte wie Dr. Julius Kahn und dem Verein der Fachärzte wie Dr. Heinz Waldeck, für den Bund Deutscher Ärztinnen ist Dr. Erika Rosenthal-Deussen aktiv. Selbstverständlich sind sie Mitglied in ihren medizinischen Fachgesellschaften.

Sie betätigen sich **kommunalpolitisch**, nehmen Ämter als **Stadtverordnete** wahr und sind in ihren Parteien aktiv. Selbstredend sind die meisten Ärztinnen und Ärzte der jüdischen Gemeinde in besonderer Weise verbunden, sie gehören dem Repräsentantenkollegium an und sind Mitglied des Vorstands der Synagogengemeinde.

Der „**Judenboykott**“, beginnend am 1. April 1933, betrifft jüdische Gewerbetreibende, Rechtsanwälte und natürlich auch Ärzte. Schaulustige verfolgen auf dem Breiten Weg und anderen Straßen wie Angehörige von SA und SS zur Abschreckung potentieller Kunden vor den betroffenen Einrichtungen Posten beziehen. Schilder von Anwaltskanzleien und Arztpraxen werden mit roten Zetteln beklebt, auf denen „Achtung Jude“ zu lesen ist. Erst am 5. April wird das Ende der Aktion verkündet.

Betroffen ist die Praxis von Dr. Hans Aufrecht in der Otto-von-Guericke-Str. 104. Dazu ein Augenzeugenbericht:

„Als Ilse Aufrecht [die Ehefrau von Dr. med. Hans Aufrecht] am Sonnabend, dem 1. April 1933, früh gegen 8 Uhr vom Einkaufen im Molkereigeschäft schräg gegenüber zurück kam, blieb sie, noch etwa 100 Schritte von ihrem Wohnhaus entfernt, wie angewurzelt stehen. Quer über ihr Praxisschild neben der Haustür war ein rotes Plakat geklebt: 'Achtung, Jude! Besuch verboten!' und unmittelbar vor der Haustür stand ein Boykottposten in SA-Uniform.“

Weiter die Praxis von Dr. Rosa Freudmann, Breiter Weg 64. Dazu die Ärztin: *„Angefangen hat es am 1. April 1933 mit Wache vor dem Haus und beklebtem Schild mit dem gelben Fleck 'Achtung Jude'.“*

Schließlich die Praxis von Dr. Lothar Loewe, Breiter Weg 252. Dazu Loewe: *„Mit dem Boykottsamstag, dem 1. April 1933, der in Magdeburg besonders scharf durchgeführt wurde, da die Stadt Gründungsort des Stahlhelmes, des Reichsbanner und Roten Frontkämpferbundes war, setzte der Boykott gegen die jüdischen Ärzte, so auch gegen mich, ein.“*

Das „**Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums**“ vom 7. April 1933 hat auf die jüdischen Ärztinnen und Ärzte Magdeburgs, die in staatlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens beschäftigt sind, enorme Auswirkungen. Jüdische Mediziner werden jedoch nicht nur auf der Grundlage des „Arierparagrafen“ (§ 3), sondern auch mit der Begründung der politischen Unzuverlässigkeit (§ 4) oder der „Vereinfachung der Verwaltung“ bzw. „im Interesse des Dienstes“ (§ 6) entlassen.

Wen treffen diese Maßnahmen in Magdeburg? Insgesamt 11 Ärztinnen und Ärzte.

- Prof. Dr. Max Walther Fürst, Direktor der Röntgenabteilung der Städtischen Krankenhäuser,
- Dr. Ludwig Elieser Bregmann, Leiter der Eheberatungsstelle,
- Dr. Hans Friede, Volontärarzt an der Nervenlinik des Krankenhauses Magdeburg-Sudenburg,
- Dr. Heinz Goldschmidt, Stadtarzt und Leiter der Abteilung II, Bezirks-Gesundheitsdienst,
- Prof. Dr. Walter Dagobert Klestadt, Direktor der HNO-Klinik, Dozent an der Akademie für ärztliche Fortbildung und soziale Medizin,
- Dr. Salomon Walter Landau, Leitender Arzt der städtischen Tuberkulosefürsorgestelle, Leitender Oberarzt des Städtischen Erholungsheimes Zwischenwerk 4a
- Prof. Dr. Carl Lennhoff, Direktor der Städtischen Hautklinik,
- Dr. Heinz Moosbach, Stadtarzt, Fürsorgearzt in der Tuberkulosefürsorgestelle,
- Prof. Dr. Werner Rosenthal, Privatdozent in Göttingen,
- Dr. Erika Rosenthal-Deussen, Gewerbemedizinalrätin und Leiterin der Gewerbeaufsicht im Bez. IV Magdeburg,
- Prof. Dr. Albert Maurus Uffenheimer, Direktor der Kinderklinik des städtischen Krankenhauses Magdeburg-Altstadt

Dieser erste große Schritt der Nationalsozialisten zur Ausübung der totalen Kontrolle des Staates über die Verwaltung hatte für die Betroffenen eine in jeder Weise ernüchternde Konsequenz: Ihre Hoffnung auf ein eher moderates Regime wurde enttäuscht, parallel wuchs die Bereitschaft zur Emigration.

Am 25. Januar 1935 wird allen Beamten der Magdeburger **Stadtverwaltung** eine **Liste der noch praktizierenden jüdischen Ärzte** übergeben. Die Beschäftigten werden angewiesen, deren Dienste nicht in Anspruch zu nehmen. Die Ärzte, so die Anordnung, seien „nichtarisch und Staatsfeinde“.

Die fachöffentliche Kennzeichnung und folglich Stigmatisierung der im Sinne der Nürnberger Gesetze „jüdischen“ Ärzte erfolgt in Band 58 des **Reichsmedizinalkalenders**, jüdische Ärzte sind darin mit einem vorangestellten Doppelpunkt gekennzeichnet.

Folgt man den im Reichsmedizinalkalender enthaltenen Angaben so sind im Erfassungsjahr **1936** von den 371 Ärztinnen und Ärzten Magdeburgs nurmehr **30 (8,08 %) jüdischer Herkunft** - und die zu besetzenden Arztstühle und Positionen der jüdischen Ärztinnen und Ärzte „anderweitig“ besetzt worden.

Durch die „**Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz**“ vom **25. Juli 1938** wird das **Erlöschen der Approbationen** aller jüdischen Ärzte zum 30. September 1938 verordnet. Bis Ende Oktober 1938 müssen in Magdeburg **25 Praxen schließen**.

Bei der **Reichspogromnacht** am 9. November 1938 wird die Magdeburger Synagoge zerstört. Stephen Moorbath, als Stefan Erwin Moosbach 1929 als Sohn des Stadtarztes Dr. Heinz Moosbach geboren und im November 1938 neun Jahre alt, erinnert sich später: *„... es gab eine Synagoge und allen Juden wurde gesagt, sie sollten in die Synagoge gehen, und dann versuchten die Deutschen, sie in die Luft zu jagen, und ich erinnere mich an jene Nacht im Jahr 1938, als ich mit meinem Vater dort war und wir haben es irgendwie geschafft, dem zu entkommen.“*

Am 10. und 11. November 1938 werden 130 jüdische Männer Magdeburgs verhaftet und in das Konzentrationslager **Buchenwald** deportiert, darunter die Ärzte Hans Aufrecht, Heinz Goldschmidt, Manfred Louis Goldstein, Julius Kahn, Leopold Liffgens, Heinz Moosbach und Julius Nussbaum.

1956 schildert Dr. Julius Nussbaum den Aufenthalt im KZ Buchenwald: *„In Bu[chenwald, Anm. d. Verf.]. waren raffinierte Methoden ausgearbeitet, mit denen die Häftlinge körperlich und seelisch gequält wurden. Das tägliche Appellstehen bis zu 12 Stunden war die Ursache von vielen Todesfällen an Erschöpfung im Lager. Zur Übernachtung waren jeweils 2.000 Juden in eine halbfertige Baracke eingepfercht, auf nackten Holzbrettern in 5 Stockwerken übereinander mit je 60 cm Zwischenraum von unten nach oben. Der Platz zum Liegen reichte nur für Seitenlage. Beim Versuch der Rückenlage lag man zur Hälfte über dem Nachbarn. Das Dursten gehörte mit zu den schlimmsten Qualen. Es gab ausgesucht scharfes Essen, wie Fischsuppe, Walfischgulasch, scharfen Limburger Käse und dabei fast nichts zum Trinken. Als Folge davon traten viele Durstpsychosen auf, mit Delirien und mit hemmungslosem lauten Schreien. Sobald die SS oder die von als Totschläger gedrillten alten Häftlinge auf einen solchen Schreier aufmerksam wurden, holten sie ihn aus der Baracke heraus und schlugen ihn mit Stockschlägen über den Kopf tot.“*

Der Facharzt für Innere Medizin **Dr. Julius Kahn**, gehört zu den **elf Opfern** nationalsozialistischer Herrschaft aus den Reihen der Ärzte jüdischer Herkunft Magdeburgs. Für sie und für deren Familienangehörige wurden Stolpersteine in der Stadt verlegt.

Dr. Julius Kahn, 1885 in Altenbamberg in der Pfalz geboren, tritt 1909 die Stelle eines unbesoldeten Medizinalpraktikanten an der Inneren Abteilung des Krankenhauses Altstadt an. Bald wird er Assistenzarzt, später Sekundärarzt an der Inneren Abteilung der Krankenanstalt Altstadt. Seit 1914 ist Kahn Mitglied der Medizinischen Gesellschaft zu Magdeburg, außerdem Mitglied der SPD. Er kann sich 1914 als Facharzt für Innere Medizin niederlassen, zunächst Staatsbürgerplatz 2, später Neue Ulrichstr. 3. Kahn ist Kriegsteilnehmer, zunächst Lazarettarzt im Reservelazarett in Schönebeck, später im Feldlazarett der 3. Armee bei Reims. 1917 wird er mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet.

Auf der Mitgliederversammlung des Vereins Magdeburger Kassenärzte am 18. Dezember 1925 wird Kahn mit 31 der abgegebenen 48 Stimmen zum Vorsitzenden des Vereins und Nachfolger des am 30. November verstorbenen Sanitätsrats Dr. Julius Lehfeldt, gleich ihm jüdischer Herkunft, gewählt.

Noch vor Beginn der systematischen Ausgrenzung auf dem Gesetzes- und Verordnungsweg ab April 1933 setzt die so genannte „Gleichschaltung der deutschen Ärzteschaft“ ein. Der Deutsche Ärztevereinsbund und der Hartmannbund rufen bereits am 24. März 1933 dazu auf, jüdische Vorstandsmitglieder aus allen Ärzteorganisationen zu entfernen. Die Umsetzung erfolgt in Magdeburg kurz darauf: Am 20. April 1933 verzeichnet das Vereinsregister: Dr. Julius Kahn und Dr. Eugen Gardiewski sind ausgeschieden. Am 25. Mai 1936 beantragt die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands (KVD) Magdeburg-Stadt beim Amtsgericht die Löschung des Vereins Magdeburger Kassenärzte und am 29. Mai 1936 wird der Verein – nun aufgrund der Reichsärzteordnung - aufgelöst.

Kahn wird am 30. September 1938 die Approbation aberkannt. Am 10./11. November wird er verhaftet, in das KZ Buchenwald deportiert und später - nach Zustimmung, Deutschland zu verlassen und seinen Besitz aufzugeben - wieder freigelassen. Er stirbt am 1. April 1939 an den Folgen einer schweren Leberquetschung, die ihm im KZ Buchenwald - wahrscheinlich durch Tritte zugefügt wurde -, während in der mündlich übermittelten Todesnachricht „Krebsgeschwulst im Auge“ angegeben wird. Kahn wird auf dem Israelitischen Friedhof Fermersleber Weg bestattet, Feld 3, Reihe 35, Nr. 13. Einen Grabstein darf sein Grab 1939 nicht mehr führen und den trägt es bis heute nicht!

Ich will erwähnen, dass die Ärztekammer Sachsen-Anhalt die Stolpersteine für Dr. Julius Kahn, Ehefrau und Sohn, pflegt, die Praxis von Margarita Rinnert die Stolpersteine für Dr. Georg Moser und Ehefrau Elvira Susette, die Praxis von Juliane und Torsten Himmel den Stolperstein für Dr. Gertrud Nachmann. Weitere 5 Arztpraxen und einzelne Ärztinnen und Ärzte engagieren sich für die Pflege von Stolpersteinen.

Dr. Heinz Waldeck 1883 in Zierenberg im Landkreis Kassel geboren, hat sich nach der Facharztausbildung in Kassel, Nürnberg und München im Oktober 1922 in Magdeburg als Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten Breiter Weg 80/81, später Alte Ulrichstr. 18 nieder gelassen. Waldeck wird Mitglied des Vorstands des Vereins der Fachärzte, ist Vorstandsmitglied der Kassenärztlichen Vereinigung und stellvertretendes Mitglied im Vorstand der Ärztekammer.

Er erinnert sich: *„Schon als die nationalsozialistische Partei 1933 die Macht übernahm wurde [ich] sofort gezwungen von diesen Posten [den innegehabten Ehrenämtern, d. Verf.] zurückzutreten. [...] Die Betriebskrankenkassen, die Krankenscheine im Betrieb ausstellten, hatten es sehr leicht bei dem Ausstellen der Scheine den Patienten zu sagen, mich nicht aufzusuchen, ich sei Jude. Mehr und mehr Patienten wurden entweder durch die Krankenkassen zurückgehalten mich aufzusuchen oder wagten es nicht zu mir als jüdischen Arzt zu kommen, Dies dehnte sich natürlich auch auf die Privatpraxis aus, zumal viele Patienten Privatversicherungen angehörten, denn die Privatkassen sagten den Leuten, sie würden Rechnungen jüdischer Ärzte nicht ersetzen.“*

Am 30. September 1938 erfolgt für Waldeck die Aberkennung der Approbation. Das Elternhaus in Zierenberg wird am 8. November 1938 zum Ort der gewaltsamen Vertreibung von Mutter und Schwester. Waldeck selbst wird vor Ort verhaftet, im Spritzenhaus festgehalten, am nächsten Tag nach Kassel und von dort in das KZ Buchenwald abtransportiert, dort inhaftiert, geschlagen und ausgehungert erst nach etwa vier Wochen entlassen. Im August 1939 werden Waldeck und seine Ehefrau gezwungen, ihre Wohnung zu verlassen, sie entschließen sich, das Land zu verlassen. Waldeck wird zur Judenabgabe veranlagt, hat 23.000 RM zu zahlen, obendrein 12.000 RM Reichsfluchtsteuer und 1.200 RM Devisenabgabe. Am 11. Oktober 1940 verlassen die Eheleute von Deutschland – reisen von Magdeburg nach Berlin, von dort nach Moskau, mit der Transsib weiter nach Harbin, schließlich von dort nach Kobe und Yokohama und per Schiff nach Seattle im Bundesstaat Washington in den USA. Im Oktober 1942 findet Waldeck eine Anstellung als Arzt bei einer privaten Krankenversicherung in Los Angeles. Er stirbt dort am 10. Januar 1972.

35 Magdeburger Ärztinnen und Ärzte jüdischer Herkunft **verlassen** allein oder mit ihren Familien in der Zeit von 1933 bis 1940 **Deutschland**. Die Ziele ihrer Ausreise sind vor allem die USA (14) und Palästina (8), aber auch England (4), Indien (2), Italien (2), Norwegen (2), Australien, Brasilien und Mexiko (je 1).

In der Nachkriegszeit entsteht für sie in der Emigration ist eine völlig absurde Situation: sie haben Nazi-Deutschland verlassen und werden nun einem deutschen Staat, der DDR, zugeordnet, zu dem sie außer ihrer lokalen Herkunft keinerlei Beziehung haben. Mehr noch: Dieser Staat lehnt es ab, sie in irgendeiner Weise zu entschädigen.

Im Verlauf der von zwanzig der aus Magdeburg emigrierten jüdischen Ärztinnen und Ärzte angestregten **Entschädigungsverfahren** in der Bundesrepublik müssen sie darüber hinaus feststellen, dass die frequentierten Instanzen der DDR wenig Veranlassung sehen, dort eingereichte Anfragen zeitnah oder überhaupt zu beantworten, die notwendig für die Erbringung diverser Nachweise gegenüber der Entschädigungsbehörde sind - einzige Ausnahme: die Synagogengemeinde Magdeburgs.

Lediglich vier Emigranten kehren nach 1945 nach Deutschland zurück, sie lassen sich allerdings in der Bundesrepublik nieder.

Schlussbemerkung

Die jüdischen Ärztinnen und Ärzte sind um die Früchte ihrer Arbeit gebracht worden und die Stadt Magdeburg hat einen unwiederbringlichen Verlust erlitten. Dieser Verlust, in seiner Tragweite erkannt – nicht eine wie auch immer geartete Vorstellung von Schuld – ist es, was uns auf Dauer mit ihnen verbindet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!